

Ratsherr Mark Proch, NPD  
Postfach 2326  
24519 Neumünster

Obu / 1. StR / StR 20p / StR 20p /  
FD 30 / FD 60 / FD 40 / 10.7

13.5.17  
14.5.17

Die Stadtpräsidentin  
Neues Rathaus  
Großflecken 59  
24534 Neumünster

0368/2013/An

, den 15.05.17

Eingang 15.05.17  
ab 16.5.17 li

## Antrag zur Ratsversammlung

**Betreff:** Container für die betreute Grundschule Gadeland

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 13.06.17

### Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Stadt Neumünster fordert vom Land Schleswig-Holstein kostenlose Container an, die für die Flüchtlingsunterbringung nicht mehr benötigt werden, und lässt diese übergangsweise auf dem Schulhof der Grundschule Gadeland aufstellen. Die Container werden für die Schulkinderbetreuung kostenlos zur Verfügung gestellt. Mögliche Umbaukosten und die Kosten für Transport und Aufstellung trägt die Stadt Neumünster.

### Begründung:

Durch den Rückgang der Flüchtlingszahlen, stehen viele der Container leer, die vom Land für die Unterbringung von Flüchtlingen angeschafft wurde. Das Land hat bereits mehrfach angeboten, diese kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Wenn für die Unterbringung von Flüchtlingen in wenigen Wochen ganze Containerdörfer für mehrere tausend Flüchtlinge aus dem Boden gestampft werden konnten, sollte es doch auch möglich sein, durch Container kurzfristig Raum für die Schulkinderbetreuung in Gadeland zu schaffen. Ziel muß es sein, zum nächsten Schuljahr jeder Familie, die einen Betreuungsplatz benötigt, auch einen entsprechenden Platz anbieten zu können.

Die Stadt Neumünster sollte sich in diesem Zusammenhang auch einmal die Frage stellen, warum so viele Familien ihre Kinder an der Grundschule Gadeland anmelden, damit solche Probleme zukünftig vermieden werden können. Könnte es am geringen Ausländeranteil an dieser Schule liegen? Aber eine Lösung solcher Probleme kann man vermutlich weder von der Stadt Neumünster noch von der Mehrheit der Ratsversammlung erwarten. Somit bleibt nur die Möglichkeit einer kurzfristigen Containerlösung, damit Eltern nicht gezwungen werden, ihr Kind an einer Schule mit hohem Ausländeranteil anzumelden, nur um einen Betreuungsplatz zu erhalten.

Ratsherr Mark Proch (NPD)